

EU verschärft Krypto-Regeln: Neue Überwachungsmaßnahmen für Nutzer!

Die EU führt 2025 neue Krypto-Regulierungen ein, um Geldwäsche zu bekämpfen und Transparenz zu erhöhen. Informiere dich hier!

Europäische Union, EU - Die Europäische Union hat bahnbrechende Neuerungen in der Krypto-Regulierung verabschiedet, die ab diesem Jahr in Kraft treten. Von diesen Änderungen sind sowohl Krypto-Börsen als auch deren Nutzer betroffen. Die neue Mica-Verordnung (Markets in Crypto-Assets Regulation), die darauf abzielt, die Transparenz im Krypto-Handel zu erhöhen, verpflichtet Krypto-Börsen dazu, umfangreiche Informationen über ihre Kunden zu sammeln. Laut einem Bericht von **Kosmo** müssen Benutzer, die digitale Währungen aus selbstverwalteten Wallets transferieren und einen Betrag von über 1.000 Euro überschreiten, nachweisen, dass sie die rechtmäßigen Eigentümer dieser Wallets sind.

Die Überprüfung kann durch signierte Nachrichten oder den sogenannten Satoshi-Test erfolgen, bei dem eine kleine Menge an Kryptowährung gesendet wird, um die Besitzverhältnisse nachzuweisen. Diese Maßnahmen sind entscheidend, um Geldwäsche und andere illegale Finanzaktivitäten im Krypto-Bereich zu reduzieren und das Vertrauen in diese neuen Finanzmärkte zu stärken. Zusätzlich tritt die EU-Geldtransferverordnung in Kraft, die für alle Beteiligten strengere Überprüfungen bei Kryptowährungsübertragungen fordert, wie im Bericht von **Bitcoin-2Go** erläutert wird.

Zentrale Vorgaben und aufkommende

Herausforderungen

Die EU hat zudem neue Richtlinien zur Überwachung von Krypto-Transaktionen eingeführt, wobei besonders Transaktionen ab einem Wert von 1.000 Euro unter verschärfte Kontrolle fallen. Die Europäische Bankenaufsicht (EBA) hat geschärfte Maßnahmen veröffentlicht, um kriminelle Aktivitäten in diesem Bereich zu erkennen und zu verhindern. Diese neuen Vorgaben betreffen nicht nur Krypto-Börsen, sondern auch andere Dienstleister, die im Krypto-Sektor tätig sind, wie Händler von Luxusgütern und sogar professionelle Sportvereine, die als potenzielle Risiken für Geldwäsche gelten.

Die neuen Vorschriften sind so konzipiert, dass sie innerhalb der gesamten EU Anwendung finden, und die nationalen Finanzermittlungsbehörden werden mit umfassenden Datenüberprüfungs- und Monitoring-Rechten ausgestattet. Die EBA warnt insbesondere vor den Risiken, die mit Non-Custodial Wallets und dezentralen Finanzplattformen (DeFi) verbunden sind. Diese Maßnahmen sollen zwar grundlegende Bürgerrechte wahren, führen jedoch zu Bedenken bezüglich einer möglichen Überregulierung innerhalb der Krypto-Industrie, wie **Bitcoin-2Go** anmerkt.

Details	
Ort	Europäische Union, EU
Quellen	• www.kosmo.at • bitcoin-2go.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at